

Zeitung gegen die Kriminalisierung von AntifaschistInnen

deutsch - türkisch | Nummer 4 | Berlin - Mai 1994

Anklage erhoben!

Staatsanwaltschaft versucht, aus AntifaschistInnen blutrünstige Killerbande zu konstruieren.

Am 15. April 94 erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen die fünf im Zusammenhang mit dem "Fall Kaindl" inhaftierten ImmigrantInnen.

Vorgeworfen wird ihnen, auf der Grundlage "eines gemeinschaftlichen Tatplans aus niederen Beweggründen" einen Menschen ermordet zu haben. Die "niederen Beweggründe" seien "politisch motivierter Haß" gewesen. Hinzukommt, sozusagen als Krönung der Anklage, der Vorwurf des "gemeinschaftlichen 6fachen Mordversuchs"!



"Untermauert" wird dieser ungeheuerliche Tatvorwurf hauptsächlich mit den Aussagen zweier angeblich tatbeteiligter Jugendlicher, Erkan und Bahrettin (siehe Herzschläge 2+3).

Die fünf sollen, zusammen mit sechs weiteren Gesuchten, im April 1992 ein Treffen von mehreren Mitgliedern der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DL) überfallen haben.

Damals traf sich eine Gruppe teils führender Funktionäre dieser Partei, die als Bindeglied zwischen terroristischer Nazi-Szene und den parlamentarischen Faschisten gilt, in einem Neuköllner Chinarestaurant. Ein Gast im Lokal wurde Zeuge, wie die Faschisten rassistische Bemerkungen gegenüber einem Rosenverkäufer machten, der an ihren Tisch kam. Er mischte sich in das Gespräch ein, wobei er deutlich machte, daß er einen aus der Gruppe, Carsten Pagel (ehem. REP-Vorsitzender in Berlin und Anwalt der rechten Szene), erkannt habe. Nach einem kurzen Wortwechsel verließ der Gast das Lokal. Ungefähr eineinhalb Stunden später wurden die Faschisten von mehreren Vermummten angegriffen.

Bei dem Handgemenge erlitt der 47-jährige Berliner Landesschriftführer der DL, Gerhard Kaindl, mehrere Messerstiche, an denen er wenig später starb.

Thorsten Thaler, vormals REP - und seit 1991 DL-Mitglied, Autor in der faschistischen Zeitung "Junge Freiheit", wurde ebenfalls durch Messerstiche schwer verletzt.

(Fortsetzung nächste Seite)

Editorial

Die Mitte November inhaftierten fünf kurdisch/türkischen ImmigrantInnen sind immer noch in Haft. Ihnen wird vorgeworfen, am 4. April 1992 ein Treffen von führenden Faschisten in Neukölln überfallen und dort einen faschistischen Funktionär ermordet und einen anderen schwer verletzt zu haben. Mitte Februar erhielten die Anwälte Akteneinsicht, bis heute sehen sie sich wegen der Fülle der Akten und dem Umfang des Verfahrens außerstande, sich öffentlich zu äußern. Die Anklageschrift ist mittlerweile den AnwältInnen zugestellt worden. Zu dem ungeheuerlichen Mordvorwurf findet ihr in dieser Ausgabe den Schwerpunktartikel.

Fatma, Mehmet und Abidin werden weiterhin Briefe und Schriften von draußen beschlagnahmt. Bei Mehmet wollen die Knastinstanzen Gelder vom Einkauf streichen, weil er "zuviele Päckchen" bekommt. Außerdem sollen ihm Päckchen aus dem Ausland in Zukunft nicht mehr ausgehändigt werden. Die Staatsanwältin weigert sich außerdem bis heute unter fadenscheinigen Gründen, das Berührverbot beim Besuch von Fatma aufzuheben. Im Knast selbst ist Fatma schikanöser Behandlung durch die "Knastsicherheit" unterworfen, die vermehrt Zellenrazzien bei ihr durchführen und die wenigen Broschüren, die zu ihr durchgelassen werden, mitnehmen, um sie ihr nach einigen Tagen wieder auszuhändigen. Protestiert bei der zuständigen Staatsanwältin Nielsen (Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin, z. H. Sta Nielsen, Turmstr. 91, 10559 Berlin, Tel.: 3979-2232) und bei dem Leiter der Justizvollzugsanstalt für Frauen, Herrn Höflich, (JVA Frauen, Justizvollzugsanstaltsleitung, Höflich, Friedrich-Ollbricht-Damm 17, 13627 Berlin).

Der zweite Artikel befaßt sich mit dem Problem der zwei belastenden Aussagen angeblich tatbeteiligter Jugendlicher und unserer Auffassung davon.

Die Redaktion "Herzschläge" mußte von dem Konzept, nur Fakten und Informationen zu veröffentlichen mit dieser Ausgabe etwas abrücken. Die beiden Artikel beinhalten politische Positionen und verlangen auch grundsätzliche politische Diskussionen und Verhalten der gesamten antifaschistischen Bewegung. Wenn wir diesen politischen Angriff, den dieser Prozeß darstellt, zurückschlagen wollen, sind alle Menschen gefordert, die diesem Rechtsruck entgegentreten wollen.

Dieser Prozeß ist unser Prozeß!

Zur politischen Dimension der Anklage

Offensichtlich soll hier auf dem Rücken von fünf ImmigrantInnen ein Exempel statuiert werden.

Es geht hier gegen fünf Menschen, die sich immerhin des "Verbrechens" schuldig gemacht haben, gegen Nazis zu sein. Einige von ihnen besaßen darüberhinaus die "kriminelle Energie", sich seit Jahren gemeinsam mit anderen MigrantInnen gegen ihre Ausgrenzung, gegen rassistische Morde und faschistische Mobilisierung in diesem Land zur Wehr zu setzen. Deshalb waren sie Staats- und Verfassungsschutz schon seit langem ein Dorn im Auge.

Mit Hilfe zweier angeblich tatbeteiligter Hauptbelastungszeugen konstruiert die Staatsanwaltschaft nun aus ihnen eine blutrünstige Killerbande, die aus "niederen Beweggründen" Menschen überfällt und umbringt. Sowohl die Aktion selbst, als auch die jetzt Angeklagten, sollen somit auf eine Ebene mit den faschistischen Mordbrennern von Hünxe, Mölln oder Solingen gestellt werden.

Diese Anklage ist eine gezielte Denunziation des gesamten antifaschistischen Widerstands und insbesondere derjenigen ImmigrantInnen, die den Rassismus nicht tatenlos hinnehmen.

Wenn diese Anklage durchkommen sollte, wäre jede selbstverständliche antifaschistische Mobilisierung, bei der es zu Auseinandersetzungen mit Faschisten kommt zukünftig der Gefahr ausgesetzt, mit dem Vorwurf des "Mordversuchs" kriminalisiert zu werden.

Darüberhinaus paßt sich die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft in die Regierungskampagne von "Innerer Sicherheit" und "Ausländerkriminalität" ein; man baut auf den breiten rassistischen Konsens innerhalb der bürgerlichen Parteien und der Bevölkerung.

Dieses Verfahren soll auch dazu dienen, zu spalten, in diejenigen, die den Staat im Kampf gegen Faschismus noch in die Verantwortung nehmen wollen, und in diejenigen, für die dieser Staat (wie in Hoyerswerda oder Rostock) Teil des Problems und nicht der Lösung ist.

Die Ermittlungsmethoden des Staatsschutzes:

1. Es ist offensichtlich, daß der Berliner Staatsschutz Ermittlungsergebnisse an die DL weitergab! (s. Herzschläge Nr. 2), Auch das Dementi von Innensenator Heckelmann (Dokumentation in diesem Heft) erscheint eher nichtssagend und wenig glaubwürdig.

Es drängt sich der Eindruck auf, daß innerhalb der ermittelnden Staatsschutzbehörde durchaus Sympathien für die rassistische und anti-antifaschistische Politik der DL vorhanden sind. Darüber hinaus nutzte der Staatsschutz die ungesicherte Position der MigrantInnen aus, um sie mit rassistischen Methoden unter Druck zu setzen.

Es stellt sich die Frage, inwieweit der Staatsschutz nach dem bekannten Motto: *Rechte und Staat contra Linke und ImmigrantInnen* einschlägige Ermittlungsziele verfolgt hat.

2. Die Tatsache, daß die Verhaftung von Mehmet, Abidin, Fatma und Bahrettin sowie die Haftbefehle gegen weitere Gesuchte mit den Aussagen des 17-jährigen Erkan begründet wurden, läßt zusätziich Raum für diverse Fragen.

Erkan war schon zum Zeitpunkt seiner Verhaftung psychisch krank, und bis heute ist nicht geklärt, wie und unter welchen Umständen seine Aussagen zustande kamen.

3. Daß der zweite Jugendliche, Bahrettin, sich und die anderen schwer belastet hat, ist eine Sache. Die andere Sache ist die



Erfahrung aus vergangenen Prozessen mit Kron- und Hauptbelastungszeugen. Oft genug wurden dabei Zeugen vom Staatsschutz dahingehend manipuliert, andere Zeugenaussagen zu bestätigen, mit dem Ziel, fehlende Beweise zu ersetzen und eine Kriminalisierung trotz mangelnder Indizien zu ermöglichen.

Alle drei Punkte lassen erhebliche Zweifel an den Ermittlungsergebnissen entstehen.

Rechts gleich Links ?

Antifaschistische Praxis hat nichts mit der menschenverachtenden Gewalt von Faschisten gemeinsam! Genausowenig ist sie auf eine Widerstandsform zu reduzieren.

Um den nationalen Konsens, den rassistischen Normalzustand und den menschenverachtenden Terror der Nazis auf der Straße zu stoppen und das Recht aller auf ein menschenwürdiges Leben zu verteidigen, müssen wir auf vielen unterschiedlichen Ebenen agieren. Von antifaschistischer Gegenkultur, Öffentlichkeitsarbeit, Schutz von Flüchtlingsheimen, Verhinderung faschistischer Aufmärsche und Treffen, Veröffentlichung ihrer Strukturen und Angriffe darauf, bis zur Einschüchterung faschistischer Straßenschläger und Kader!

Auch wenn uns klar ist, daß wir den antifaschistischen Kampf heute hauptsächlich politisch führen müssen, können wir nicht auf die Gegenwehr auf der Straße verzichten.

Wer mit Briefbomben, Brandanschlägen und tödlichem Straßenterror pauschal gegen all diejenigen vorgeht, die als politische Gegner oder als "minderwertig" betrachtet werden, läßt sich durch politische Ächtung allein nicht mehr einschüchtern oder aufhalten.

Überall dort, wo AntifaschistInnen sich entschlossen den Nazis entgegengestellt haben, sowohl politisch als auch praktisch, konnten weitere Anschläge verhindert und organisierten Nazis und Rassisten der Boden abgegraben werden.

Doch bei all diesen Aktionen war und ist der Tod eines Menschen nie angestrebtes Ziel. Uns ist nicht bekannt, daß derzeit die Tötung von Faschisten als politische Strategie im antifaschistischen Kampf diskutiert wird.

Uns sind allerdings über 60 (nach neuesten Zahlen sogar 85) faschistische Morde innerhalb der letzten vier Jahre bekannt, und der rechte tödliche Terror geht täglich weiter.

Trotz Kritik: Solidarität !

Wir wissen nicht, was bei der Aktion wirklich passiert ist.

Aus der Presse können wir aber entnehmen, daß dort Menschen spontan zusammenkamen, um ein Treffen bekannter Nazi-Funktionäre, die zuvor erkannt wurden, zu verhindern.Das bei der Aktion ein Faschist getötet wurde, war sicherlich nicht, wie die Staatsanwaltschaft uns glauben machen will, gemeinsam geplant und im Vorfeld gebilligt. Die Härte der Anklage ist in keinster Weise durch die Art des Geschehens und den juristischen Sachverhalt zu erklären !

Die antifaschistische Bewegung ist oft, wie auch hier, auf spontanes Handeln mit den unterschiedlichsten Menschen angewiesen.

Solche spontanen Aktionen sind jedoch aufgrund der eskalierten faschistischen Gewalt oft sehr emotionalisiert, was auch zu Fehlern und Ungenauigkeiten führen kann. Die Tötung eines Menschen ist natürlich keine Sache, die auf die leichte Schulter genommen werden kann. Doch wir gehen davon aus, daß bei der Aktion etwas falsch gelaufen ist. Aufarbeiten können das jedoch nur diejenigen, die an der Aktion beteiligt waren. Und wir werden sie dabei nicht alleine lassen!

Wir müssen in der heutigen zugespitzten Situation von faschistischem Haß und Gewalt davon ausgehen, daß Menschen reagieren und sich wehren.

Doch unabhängig davon, welche Aktionsform jede/r selbst vorzieht, tragen grundsätzlich alle mit die politische Verantwortung für Aktionen der antifaschistischen Bewegung. Eine Wiederholung von Ungenauigkeiten können wir nur auf der Grundlage von solidarischer Auseinandersetzung, nicht mit Distanzierung, vermei-

Fortsetzung Anklage...

den. Nur diejenigen, die heute noch nicht aufgrund ihres Aussehen oder ihrer öffentlich bekannten politischen Meinung im Fadenkreuz von Nazis und Rassisten stehen, können sich die Distanzierung von Gegengewalt (noch) leisten!

Lassen wir uns doch nicht mit diesen absurden Anklagen Sand in die Augen streuen:

Nicht wir, sondern die Faschisten sind die Mörderbanden in diesem Land!

Hätten wir von diesem Nazi-Treffen erfahren, wir wären sicherlich auch hingegangen!

Denn in dem Maße, in dem sich viele gegen die rassistische Entwicklung in diesem Land stellen und aktiv werden, in dem Maße relativiert sich die existentielle Bedrohung für die Einzelnen und läßt Raum für mehr Menschlichkeit. Je mehr wir sind, um so leichter können wir den braunen Mob und die Angst zurückdrängen. Deshalb ist es die Verantwortung aller humanistisch denkender Menschen, einzugreifen und entsprechend ihrer Möglichkeiten zu handeln.

Der Berliner Staatsschutz wittert mit diesem Prozeß seine Chance, gleich doppelt zuzuschlagen:

-- gegen den antifaschistischen Widerstand

-- gegen die Selbstorganisierung von ImmigrantInnen, die den reaktionären und völkischen Teilen in Staat und Gesellschaft seit langem ein besonderer Dorn im Auge sind.

Uns allen muß klar sein, daß in diesem Sinne die fünf ImmigrantInnen stellvertretend für uns alle angeklagt sind.

Wir erwarten von allen, die in diesem Land eintreten für Zivilcourage, gegen Haß und Gewalt gegenüber Minderheiten, gegen diesen ungeheuerlichen Angriff der Justiz Position zu beziehen.

Deshalb unterstützt die Gefangenen, schafft Öffentlichkeit gegen die Kriminalisierung, sammelt Spenden, organisiert Veranstaltungen!

(Vorbereitetes Veranstaltungsmaterial kann im Kreuzbüro abgerufen werden.)



Fragen über Fragen ...

Kleine Anfrage der Abgeordneten Renate Künast (Fraktion Bündnis 90/Grüne/UFV) vom 14.1.94 über den Umgang mit Ermittlungsergebnissen im Fall Kaindl

Ich frage den Senat:

1) Wie wird die "Deutsche Liga" und ihre Veröffentlichung "Deutsche Rundschau" eingeschätzt? Wird diese regelmäßig ausgewertet?

2) Wie erklärt sich der Senat, daß dort bereits wenige Wochen nach dem Kaindl-Attentat angegeben wurde, die Täter (Namen, Anschrift etc.) seien bekannt?

3) Wie erklärt sich der Senat Äußerungen des früheren Republikaner-Funktionärs in Berlin, Torsten Thaler (jetzt Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk), gegenüber der Presse, ihm seien aufgrund einer guten Zusammenarbeit mit dem ermittelnden polizeilichen Staatsschutz die Namen, Adressen und Autokennzeichen der Täter bekannt?

4) Haben sich die ermittelnden Polizeibeamten zu diesen Behauptungen geäußert? (...)

Antwort des Innensenators Heckelmann vom 14.2.94 auf die Kleine Anfrage:

Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

Zu 1.:

Die am 3. Oktober 1991 in Villingen-Schwenningen (Baden-Württemberg) von ehemaligen Funktionären der "Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD) und einer Gruppe um den frühe- ren Bundesgeschäftsführer der "Republikaner", Harald Neubauer, gegründete "Deutsche Liga für Volk und Heimat" (DLVH) wird von den Ämtern für Verfassungsschutz bundesweit als rechtsextremistische Partei bewertet und beobachtet. (...) Das Parteiprogramm lehnt sich sprachlich und ideologisch an die nationalistische, völkisch-kollektivistische Ideologie der "nationaldemokratischen" und "nationalfreiheitlichen" Organisationen an.

Die der DLVH als Parteizeitung dienende "Deutsche Rundschau" artikuliert die Politik der Partei und dient ihr bzw. ihren Repräsentanten als Forum. So werden u.a. die NS-Verbrechen relativiert und die unverzügliche Abschiebung "volks- und landfremder Elemente" propagiert.

Die Zeitung wird hier im besonderen Hinblick auf Berlinbezogene Themen ausgewertet.

Zu 2. und 3.:

In der "Deutschen Rundschau" Nr. 10 vom Oktober 1992 war ein Artikel "Kaindl-Mord: Wir kriegen Euch alle!" veröffentlicht, wonach die Namen und Anschriften der türkischen Mörder inzwischen bekannt wären.

Dem Senat ist nicht bekannt, wie die "Deutsche Rundschau" zu diesen Behauptungen kommt.

(...) Allen Zeugen und Geschädigten sind von der Polizei Lichtbilder von Personen vorgelegt worden, die mit der Tat in Verbindung stehen könnten. Es sollte jeweils geklärt werden, ob ein Wiedererkennen der bei der Tatausführung nur zum Teil maskierten Täter möglich ist. Die vorgelegten Lichtbilder waren bzw. sind aus kriminalistischen und datenschutzrechtlichen Gründen nicht mit Personaldaten versehen.

Es ist ausgeschlossen, daß weitere Daten (Anschriften, Kfz-Kennzeichen) genannt wurden, so daß der Senat nicht beurteilen kann, ob und ggf. wie derartige Informationen in den Besitz der "Deutschen Liga", der "Deutschen Rundschau", bzw. des T. gelangt sein könnten.

Zu 4.:

Die in Betracht kommenden Kriminalbeamten sind nach Bekanntwerden der Kleinen Anfrage zu den Behauptungen befragt worden und haben verneint, weitere als die in der Strafprozeßordnung vorgeschriebenen Daten weitergegeben zu haben. (...)

So weit und lapidar der Innensenator.

Es stellt sich zunächst die Frage, warum "die in Betracht kommenden Kriminalbeamten" eigentlich erst "nach Bekanntwerden der kleinen Anfrage zu den Behauptungen befragt" wurden. Wo doch die "Deutsche Rundschau", die vom Berliner Verfassungsschutz "im besonderen Hinblick auf Berlinbezogene Themen ausgewertet" wird, die Weitergabe von Information bereits im Oktober 1992 vermeldete. Die TAZ zitierte dann im November 1993 den Rechtsextremisten Thorsten Thaler: Aus der Vorlage einer Karteikarte mit dem Foto (eines mutmaßlichen Täters, d. Red.), samt personenbezogener Daten ziehe er den Schluß, daß "ich als Opfer offenbar mehr erfahren sollte, als es normalerweise bei solchen Befragungen wohl üblich ist". (TAZ v. 23.11.93)

All dies bewegte den Berliner Innensenat nicht dazu, die beteiligten Staatsschützer zu "befragen", es bedurfte erst einer parlamentarischen Anfrage. So lapidar wie die Antwort darauf ausgefallen ist, dürfte wohl auch die "Befragung" vonstatten gegangen sein.

Wir wissen nicht, wieviele Sympathisanten von Rechtsextremisten oder gar organisierte Faschisten innerhalb des Berliner Staatsschutzes am Werke sind; wir wissen nur, daß der Senat kein Interesse daran hat, solche Verwicklungen aufzuklären.

Abidin über sich selbst

(auf den politisch-biografischen Teil verkürzte Fassung eines Briefes vom 22. März)

Ich wurde im Nord-Westen Kurdistans, in einem kleinen Dorf, geboren. Meine Eltern sind Kurden-Aleviten. Nachdem oder auch während des Massakers in Dersim (1937/38 im Zuge der Niederschlagung eines kurdischen Aufstandes für politische und kulturelle Autonomie, die Red.) wurden meine Eltern, die wie viele andere auch in andere Dörfer gegangen sind, total resigniert und machten alles so, wie es die türkische Regierung von ihnen verlangte. Das Ziel der türkischen Regierung war Assimilation/Türkisierung der Kurden. Daher mußten wir alle türkisch lernen, in türkische Schulen gehen, keinesfalls kurdisch reden usw.. Das heißt, seitdem ich geboren wurde, war ich immer mit Rassismus und Assimilationspolitik konfrontiert. Nun, als ich Kind war, war ich darüber nicht so bewußt, was das alles heißt oder was für eine Bedeutung das für uns hat. Aber, als ich nach Ankara gegangen bin - weil ich mich weiter ausbilden/studieren wollte - hatte ich sehr konkret das ganze rassistische Denk-Verhalten der Türken hautnah erlebt. Besonders in den Schulen - Realschule und Gymnasium - waren wir Angriffsobjekt der türkischen Faschisten (Grauenwölfe). Wie es überall bei faschistischen Organisationen, waren/sind die Grauenwölfe Ultra-Nationalisten und Rassisten, und sind sie auch gegen Linke. Das Ziel der Grauenwölfe war ein großes türkisches Reich, dessen Grenzen, wo die Türken überall leben, sehr breit ist. Für dieses Ziel wollten sie erstmal in der Türkei einen starken, arisierten Staat und Land aufbauen. Deshalb, weil die Minderheiten und die Linke ein Störfaktor gegen diese Ideologie waren, mußte man sie ausschalten. Dafür waren Gewalt und bewaffnete Aktionen, Bombenanschläge ihre wichtigste Kampfmethoden. Besonders in den 70er gingen sie offensiv und übten überall Machtkämpfe aus, deren Folge Tausende Morde waren. Während dieser grausamen Zeit, soweit es mir möglich war, hatte ich mit den antifaschistischen Kräften gegen die Faschisten zusammen organisiert. Nach paar Jahren, als die ganze Lage für mich sehr bedrohlich wurde, wollte ich für ein paar Jahre die Türkei verlassen. So kam ich Ende 1978 nach Deutschland und stellte ich einen Asylantrag.

Nachdem ich drei oder dreieinhalb Jahre in Deutschland als Flüchtling gelebt hatte, ging ich wieder zurück in die Türkei. Aber in der Türkei war immer noch das Militär an der Macht. Ich konnte ungefähr zwei Jahre dort aushalten. Dann flüchtete ich wieder in Richtung Europa und so kam ich nach Frankreich. Ende 1984 stellte ich wieder einen Asylantrag und seit dem bin ich anerkannter politischer Flüchtling.

Während der Zeit hatte ich mit der türkischen/kurdischen Linken Kontakt, bis ich begriffen habe, daß sie in Europa eine falsche Politik führen. Denn es war so, als ob sie nicht in Europa, sondern in der Türkei/Kurdistan lebten und dementsprechend agierten. Als ich sah, daß mit denen nichts mehr zu machen ist, nahm ich von der türkischen/kurdischen Linken Abschied.

So fing ich an, mich mit der EU-Gesellschaft, besonders mit den Immigrantenproblemen, auseinanderzusetzen. Während der Zeit stellte ich fest, daß mein Bild über die EU-Länder falsch war. Denn ich dachte, in EU wäre "richtige bürgerliche Demokratie" (wenn ich von bürgerliche Demokratie rede, daß heißt nicht, daß ich unter diese Wort eine Demokratie für alle verstehe), Menschenrechte und ein Volk, deren menschliche Bewußtsein sehr hoch ist. Zum Schluß war ich total enttäuscht, weil alles zu meinem Bild nicht paßte. Dann wurde mir klar, daß es sich hier auch um eine unbewußte, unpolitische Bevölkerung handelt und was die bürgerliche Demokratie betrifft, ging es nicht um wirkliche Menschenrechte oder politische und demokratische Rechte, sondern um Akzessorium (Nebensache, die Red.) des Staates. Das Immigrantenproblem ist ein gutes Beispiel und man kann dieses Problem als Maß der Demokratie betrachten, wie die Mehrheit damit umgeht. Wo es die Minderheiten gibt und wo ihre demokratischen und Menschenrechte nicht existieren, dazu es für sie auch die Sondergesetze gibt, da kann man sowieso von der Demokratie nicht reden. Na ja, dann besonders bei den Deutschen stellte ich fest, daß die Deutschen von ihre Vergangenheit garnix gelernt und dementsprechend fast nichts geändert haben. Alles wurde nur verdrängt, aber gleichzeitig das ganze rassistische und autoritäre, undemokratische Denk- und Verhaltensweise haben sie aufbewahrt; von staatliche Institutionen bis alltägliche Leben.

Die Immigranten wurden insgesamt von allen als Werkzeug der deutschen Wirtschafts-Ökonomie gesehen, nicht als Menschen. Deshalb, als 1965 - oder auch später - Ausländergesetz und Ländergesetze für "Ausländer" in Frage kamen, gabs keine richtige Diskussionen und Widerstand. Nun, wenn man mit den Deutschen allgemein über Menschenrechte und Demokratie diskutiert, würden sie alle dafür sein, aber was in Wahrheit nicht stimmt. Weil, wenn es wahr wäre, dann müssen sie gegen Diskriminierung, Sondergesetze und Rassismus sich wehren. Das konnten und können sie nicht, weil sie gegenüber uns auch dieselben Gedanken haben, die faschistisch sind.

Was noch schlimmer ist, daß wir seit den 80er zum "Sündenbock" der deutschen Gesellschaft geworden sind und auch Angriffsobjekt der Gewalttätigkeiten, deren Folge unser Leben kostet. Ja, besonders nach dem Mauerfall ging um unser Leib. Wir wurden von alle Seiten, von Staat-Politiker-Parteien-Medien, von Nazis und Normalbevölkerung, attackiert. Alle haben ein Ziel und um das Ziel zu erreichen, braucht man ein Feind. Und alle sind sich einig, daß das "Ausländer" sind.

Als ich den ganzen Dreck hautnah erlebte, wurde es mir klar, daß wir uns wehren müssen. Andererseits war mir auch klar, daß Rassismus und Naziterror wird in Zukunft ein wichtiges Problem der deutschen Gesellschaft, d. h. man dagegen auch kämpfen müsse.

Aber wir Immigranten waren jahrzehntelang stumm und unorganisiert. (Außer politische Grüppchen, die Richtung Türkei politisch arbeiten) Nun, es war auch große Unruhe und Angst und man wußte nicht, wohin damit. Besonders die Jugendliche waren auf der Suche, um sich irgendwie zu organisieren.

Zu der Zeit war ich öfter in Deutschland, weil meine Eltern, mein Sohn hier lebten. Während meine kurzen Reisen nach Deutschland habe ich auch versucht, mit den verschiedene antifaschistische Menschen in Kontakt zu treten. Als ich dich kennenlernte und danach mich entschloß, nach Berlin zu kommen, wars das Jahr 1992. Seit dem versuche ich mit andere Leute, die ich auch früher kennengelernt und mit denen diskutiert hatte, zusammen gegen Rassismus und Naziterror uns zu wehren und für gleiche Rechte zu kämpfen. Unsere erste Ziel war, zuerst uns selbst organisieren, dann damit den anderen Immigranten und deutsche antifaschistische Gruppen zusammenzukommen. Aber antifaschistischer Kampf war nur ein Teil von unsere ganze Ziel. Denn wir haben hier außer Rassismus und Naziterror auch wichtige andere soziale und politische Probleme. Deshalb sahen wir uns als ein Teil der Immigrantenbewegung und das war unsere wichtigste Ziel. Nun, weil wir noch am Anfang waren und uns mehr auf den antifaschistischen Kampf konzentriert haben, haben wir zu dieser Richtung nicht so viel geleistet. Aber eins ist uns klar, daß das geschafft werden muß.

Mahmut Özpolat darf nicht ausgeliefert werden!

Mahmut lebt seit 1981 in Berlin. In der Türkei war er Mitglied der Türkischen Arbeiterpartei und Mitbegründer einer unabhängigen Gewerkschaft. Seit den 60er Jahren hat er politisch gearbeitet. Dabei ist er immer wieder von türkischen Staatsorganen verhaftet und gefoltert worden. Nach dem Militärputsch mußte er ins Ausland fliehen, um zu überleben. Sieben Jahre später wurde er als politisch Verfolgter nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt und erhielt eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung für die BRD. Auch hier war der mittlerweile 57jährige weiter politisch aktiv.

Im Dezember erhielt Mahmut eine polizeiliche Zeugenvorladung "im Fall Kaindl", der er nicht folgte. Am 22.12.93 wurde er dann aufgrund eines Auslieferungsantrages der türkischen Behörden verhaftet. Er sitzt seitdem in Auslieferungshaft der JVA Moabit. Im Auslieferungsantrag wird ihm "Anstiftung zum Mord" vorgeworfen. Er soll 1980 zwei Männer zu einem politisch motiviertem Mord angestiftet haben. In der Türkei steht auf diesen Tatvorwurf die Todesstrafe. Dies ist im Auslieferungsersuchen auch extra so benannt. Auch die politische Dimension des Verfahrens, die eine Auslieferung nach europäischem Recht eigentlich verbietet, läßt sich dort schwarz auf weiß nachlesen.



Die Berliner Staatsanwaltschaft sieht indes keine Lebensgefahr für Mahmut, sie verläßt sich auf allen Erfahrungen widersprechende Zusicherungen der türkischen Behörden. Diese hätten "die Einhaltung der Menschenrechte ausdrücklich zugesichert". Es hat demgegenüber auch in letzter Zeit wieder "Todesfälle" in türkischer Polizeihaft gegeben, Verhaftete werden während des Ermittlungsverfahrens mißhandelt, Folter ist an der Tagesordnung. Ein politisch aktiver Kurde wie Mahmut Özpolat wird auch nach einer Einschätzung von Medico International in der Türkei auf jeden Fall gefoltert werden. Mahmut sagte gegenüber der TAZ: "Sie werden mich hinrichten, weil ich als Anführer einer kriminellen Vereinigung gelte, doch das stimmt nicht."

Das Berliner Kammergericht hat entschieden, dem Auslieferungsantrag des türkischen Staates stattzugeben. Die abschließende Entscheidung ist vor kurzem nach Bonn, an das Bundesjustizministerium, abgegeben worden. In Berlin wurde es mit Hilfe einer Solidaritätskampagne unter Einschluß von Medico International, Amnesty International und linken Parlamentsabgeordneten erreicht, den politischen Druck so zu erhöhen, daß die Berliner Justiz die Verantwortung nach Bonn abgab. Damit ist aus der juristischen Entscheidung nun eine rein politische geworden. Rechtsanwalt Franke hat Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt.

Es ist notwendig, den politischen Druck auch auf die Bonner Entscheidungsinstanzen zu erhöhen.

Organisiert Briefkampagnen und übt praktische Solidarität. Es geht um Mahmuts Gesundheit und Leben. Er darf nicht ausgeliefert werden!

Brief- und Faxadresse: Bundesjustizministerin S. Leutheuser-Schnarrenberger, Bundesministerium der Justiz, Bonn, Fax: 0228/58 45 25

Gefangene freuen sich über Post!

Fatma Balamir, BuchNr.: 950/93/8, JVA Frauen, Friedrich-Ollbricht-Damm 17, 13627 Berlin

Mehmet Ramme, BuchNr.: 5436/3 UHA Moabit, Alt-Moabit 12a, 10559 Berlin

Abidin Eraslan, BuchNr.: 5455/93, UHA Moabit, Adresse wie zuvor

Erkan Sönmez, Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik, Oranienburgerstr. 285, 13437 Berlin

"Aussagen gegen unsere FreundInnen und GenossInnen ist nicht unsere Sache!"*

Die Organisierung antifaschistischer Selbsthilfe stand von Anfang an im Fadenkreuz staatlicher Verfolgung und Repression. Wir werden zunehmend kriminalisiert, um jeden Ansatz antifaschistischen Widerstands von unten zu zerschlagen.

Einhergehend mit dieser Repressionswelle machen zu viele, die dem staatlichen Verfolgungsapparat in die Hände fallen, Aussagen. Sie belasten sich selbst und andere.

Die Kriminalisierung der antifaschistischen ImmigrantInnen in Berlin wäre ohne die Aussagen zweier angeblich tatbeteiligter Jugendlicher nicht möglich gewesen. Berlin ist keine Ausnahme. Nach zahlreichen Verhaftungen in anderen Städten in den vergangenen Monaten bot sich dort das gleiche Bild.

Wie gehen wir, als Teil der antifaschistischen Bewegung, mit den Aussagen um? Sind die Aussagenden "VerräterInnen", denen wir unsere Solidarität verweigern?

Wir meinen, daß wir die Diskussion um Aussageverweigerung und Solidarität stets von neuem führen müssen.

Dabei muß trotzdem klar bleiben: Wer belastende Aussagen macht und sie bestätigt, stellt sich auf die andere Seite.

Aussageverweigerung ist Widerstand

Wir fragen uns aber: Wie kommt es zu Aussagen und vor allem, wie können wir sie verhindern?

Immer wieder sind es vor allem Jugendliche, die die Gewalt der Nazis tagtäglich abbekommen. Viele haben die Notwendigkeit, sich zu bewaffnen, sich zu wehren, nicht selten vorher mit Prellungen, Kopfplatzwunden u. a. am eigenen Leibe erfahren. Davon - das wissen wir - kommt in dieser Klarheit kein Wort über die Medien.

Die Nachricht, daß die Nazis wieder jemanden zusammengeschlagen haben, treibt uns alle auf die Straße. Dabei wird meistens übersehen, daß wir neben organisierten Faschisten, rechten Hooligans usw. auch noch Polizei und Staat gegenüberstehen. Ihr Ziel ist es, jede Form von Widerstand, der über das Halten von Kerzen hinausgeht, strafrechtlich zu verfolgen. Sie sind es, die im Fall der Fälle mit den Faschisten zusammenarbeiten.

Und so kann es ganz schnell geschehen, daß wir auf dem Weg, die Straße zurückzuerobern, uns in der Bullenwanne, auf dem Revier oder beim Staatsschutz wiederfinden. An diesem Ort gilt es noch mehr als auf der Straße unseren ganzen Mut und unsere ganze innere

(Nächste Seite gehts weiter)

Fortsetzung Aussagen...

Stärke zu beweisen, dem ausgefeilten und über Jahre hinweg trainierten Verfolgungsapparat nicht auf den Leim zu gehen.
Wenn wir gegen Nazis vorgehen, müssen wir uns über die Konsequenzen unseres Handelns im Klaren sein. Das ist leicht gesagt. Jede Schlägerei kann z. B. als Körperverletzung geahndet werden. Aber wir müssen jede/r selbst entscheiden, welche Aktionen er/sie vor sich selbst vertreten kann und wie wir durch unser Handeln verhindern, daß so viele Menschen bei Aktionen festgenommen werden.
Wenn wir von faschistischen Treffen erfahren oder gegen ihre Parteitage und Aufmärsche, gegen ihre Inbesitznahme von Jugendclubs, etc. mobilisieren, ist es wichtig für uns, daß sich die Stärkeren auf die Schwächeren und umgekehrt verlassen können. Wir mobilisieren doch, wenn wir ehrlich sind, meistens mit einem Grundvertrauen. Wir gehen davon aus, daß die, die gegen das Nazitreffen zusammenkommen, einen gemeinsamen antirassistischen und antifaschistischen, vielleicht sogar antisexistischen Grundkonsens haben. Aber was gilt darüber hinaus? Werden auch alle, wenn wir im Gefängnis landen sollten, den Mund halten? Können wir uns sicher sein, daß keine/r erzählt und quatscht, wie und von wem er/sie von dem Treffen erfahren hat, mit wem er/sie unterwegs war, was er/sie gesehen hat, wer was gemacht haben soll? Und sind sich alle dessen bewußt, daß wir in der Verhörsituation alleine sitzen, obwohl wir eben noch mit FreundInnen unterwegs waren? Wer Freundinnen und Freunde oder in seltenen Fällen eine Familie hat, auf die wir uns verlassen, kann an sie denken. Wir vertrauen darauf, daß sie uns von draußen helfen werden (Anwältin besorgen, uns im Knast besuchen, etc.). Unser Leben ist unsere Stärke. Und gerade im Verhör und im Knast ist Aussageverweigerung *eine* Form des Widerstands.
Aber wenn unsere Freundschaften brüchig, unsere Kontakte eigentlich nicht Freundschaft zu nennen sind? Es genügt einfach nicht, gegen Nazis zu sein. Wir wollen doch viel mehr. Wir wollen Widerstand leben, über uns, unsere Gefühle und Sehnsüchte reden, streiten und Vertrauen aufbauen. Wir wollen zusammen etwas anderes leben. Das ist wichtig, um in diesem Alltag aber erst recht in Ausnahmesituationen wie Verhör, Zelle, Knast aufrecht zu bleiben und Rückgrat zu haben. Wir kämpfen doch auch draußen gegen EinzelkämpferInnenmanier und kapitalistisches Ellenbogendenken. Und niemand von uns würde draußen dran denken, andere um des eigenen Vorteils willen zu verraten. Genau solche Sachen unterscheiden uns von den Nazis mit ihren Hierarchien, ihrem Führerkult, ihrer falschen Kameradschaft.
Also, BEVOR wir mobilisieren, müssen wir in unserem ganz persönlichen und politischen Alltag viel häufiger darüber reden, was wir wollen, wie wir drauf sind, was uns durch den Kopf geht. Damit wir Vertrauen fassen können. Antifaschistische Aktionen wollen vorher durchdacht sein, auch wenn wir oft spontan mobilisieren müssen. Und wir wollen uns kennen, uns aufeinander verlassen können. Es ist besser, vor Aktionen zu sagen, ich mache nicht mit, als hinterher bei den Bullen zu sitzen und heulend zusammenzubrechen. Das kann Freundinnen und Freunde für Jahre hinter Gitter bringen.
Denen, die glauben, daß sie sich als besonders stark profilieren müssen, zeigen wir, daß man/frau sie ohne dieses Verhalten mag und schätzt. Es bringt einfach mal gar nichts, sich über Sprüche, Mackertum und Politblasen den Schein von Stärke zu verleihen, der bei dem ersten Anzeichen von Repression wie ein Kartenhaus zusammenbricht.
Es ist die Aufgabe von uns allen, statt nur den Stab über die Aussagenden zu brechen, VORHER darauf zu achten, daß wir ehrlich und offen miteinander umgehen.

Solange Bahrettin sein absolut unsolidarisches Verhalten gegenüber den anderen Angeklagten und Gesuchten nicht selbstkritisch überdenkt und ändert, können wir nicht solidarisch mit ihm sein.
Keine Zusammenarbeit mit Staat und Justiz.
Widerstand ist auch in Ausnahmesituationen durch Aussageverweigerung möglich.
Freiheit für alle inhaftierten AntifaschistInnen.

* aus der Broschüre zur Aussageverweigerung. In guten Buch- und Infoläden erhältlich.

Brief eines Untergetauchten

Zur Repression gegen die AntifaschistInnen in Berlin

Es sind jetzt knapp vier Monate vergangen, seit der Staat zu der Repressionswelle ausholte, in deren Folge einige Menschen verhaftet wurden, und andere, wie ich, untertauchen mußten. In diesen vier Monaten ist für mich wahnsinnig viel passiert, daß ich immer noch denke, es wäre vorgestern gewesen, als das alles geschah. Aber es sind doch vier Monate, in denen ich, soweit ich das konnte, darauf achtete, was in Berlin passiert und was hier, an meinem neuen Lebensort um mich herum vorgeht. Über vieles freue ich mich und manchmal bin ich sogar erstaunt. So z.B. sah ich neulich "Die Liste Schindlers", (ein Film, der wahrscheinlich alle Oscars absahnen wird), und als ich aus dem Kino kam, lagen da Flugblätter zu unserem Fall. Da war ich echt baff.
Aber, obwohl ich vom Ausmaß der Unterstützung und der Solidarität überrascht bin (kann natürlich nie genug sein), bin ich doch nicht völlig mit dem zufrieden, was inhaltlich erzählt wird. In den eben erwähnten Flugblättern tauchten am Schluß wieder die Namen von den fünf Verhafteten auf, was ich ja schon von den Flugis aus Berlin kannte. Ich bin nicht damit einverstanden,



daß Bahrettin immer noch unterstützt wird. Es hat sich herausgestellt, daß er ein mieser, dreckiger Verräter ist. Er hätte, wie andere auch, vor seiner Festnahme abhauen können, stattdessen hat er gewartet, bis er zwei Wochen später abgeholt wurde und dann wohlüberlegte Aussagen gemacht, mit denen er andere übelst belastet und zu denen er nach wie vor steht. Er schreckte nicht einmal davor zurück, Hinweise darauf zu geben, wo die Bullen nach den Untergetauchten suchen sollten.
Was Erkan betrifft, der sich den Bullen stellte, und durch dessen Aussagen alle weiteren Verhaftungen ausgelöst wurden, kann ich noch halbwegs darüber hinwegsehen, da er psychisch krank war und ist. Da sich sein Zustand im Knast natürlich nur noch verschlechterte, liegt er jetzt in einer geschlossenen psychatrischen Abteilung. Trotzdem denke ich, daß er in antifaschistischen Kreisen nichts mehr zu suchen hat.
Ich kritisiere die legalistische Linie einer berühmten Antifagruppe, eine Kritik, die nicht neu ist, aber in der jetzigen Situation mir vollkommen unverständlich.. Daß sich Abidin gestellt hat, ist ebenso Teil dieser Linie wie die Ausrichtung der Solidaritätsarbeit. Ich kann zwar Abidin verstehen, denn ich kenne ja auch seine Geschichte, aber richtig finde ich es trotzdem nicht. Ich finde es unverständlich, warum Abidin nicht dazu geraten und praktisch umgesetzt wurde, sich erstmal in Sicherheit zu bringen und alles gründlich zu überlegen. Das kann doch nicht innerhalb der wenigen Stunden/Tage passiert sein, nach denen er sich

(Fortsetzung...na du weißt schon)

stellte. Das mindeste ist doch, daß man abwartet, was die Akteneinsicht ergibt, stellen kann man sich auch später noch. Selbst, wenn man mit der Sache nichts zu tun hat, ist Vertrauen in die Justiz unangebracht. Es handelt sich schließlich um eine Entscheidung mit weitreichenden Konsequenzen, die man sehr schnell bereuen kann.

In der heutigen Linken ist eine Vorstellung von Illegalität verbreitet, die nichts mit der Realität zu tun hat: Isolation, alle Kontakte abgeschnitten, völlige Vereinsamung, immer Angst. So ist es nicht. Klar ist, daß es was besseres als Illegalität gibt, aber das Leben geht weiter und es ist auf jeden Fall besser, als im Knast zu sitzen.

Ich kann zumindest sagen, daß es mir zu 80% ziemlich gut geht und vielleicht zu 20% empfinde ich den Schmerz des Heimwehs, der Melancholie und der Sehnsucht. Natürlich ist die Trennung von vertrauten Menschen und vertrautem Alltag besonders am Anfang nicht leicht, eine neue Umgebung, fremde Menschen, vielleicht eine fremde Sprache, aber zum Glück gibt es überall auf der Welt noch Menschen, die dir helfen und Freundinnen und Freunde werden. Das ist kein finsteres Loch, in das du fällst, du mußt nicht isoliert vor dich hin leben, sondern kannst - natürlich mit gewisser Um- bzw. Vorsicht - ein ganz normales Leben führen. Tausenden anderen Menschen auf der Welt geht es ebenso.

Naja, Abidin hat einen anderen Weg gewählt und seine Entscheidung gilt es, wenn auch nicht zu teilen, so doch zu akzeptieren.

Ich denke, daß eine klare Position zu antifaschistischer Arbeit und zu den Verhältnissen in diesem Staat unerläßlich ist. Das heißt auch eine klare Position gegenüber dem Verräter und bezogen auf den Staat und seine Justiz, keine Aussagen/Einlassungen zu machen, zumal seit sieben Jahren die "Anna & Arthur" - Kampagne läuft. Wenn wir uns jetzt anders verhalten würden, dann würden wir nicht nur unsere Glaubwürdigkeit verlieren und uns lächerlich machen, sondern auch andere entmutigen. Unsere Aufgabe kann nur sein, zu zeigen, daß nicht wir auf die Anklagebank gehören, sondern die Repräsentanten dieses Staates, die verantwortlich für die Pogrome sind und das Feuer weiterschüren, wie jetzt aktuell zum Fußball-Länderspiel.

Es gibt viele antifaschistische Jugendliche, die meistens unerfahren sind, jetzt aber voller Sympathie auf die antifaschistische Linke schauen. Ihnen gegenüber stehen wir alle in der Verantwortung, wir, die Verhafteten und Gesuchten, indem wir zeigen, daß wir uns nicht brechen lassen und keinen Kniefall machen und z.B. erklären, was wir denken, welche Ideen wir haben und was wir von den Verhältnissen in diesem Land halten. Und die Linke allgemein, indem sie zeigt, daß sie sich nicht einschüchtern läßt.

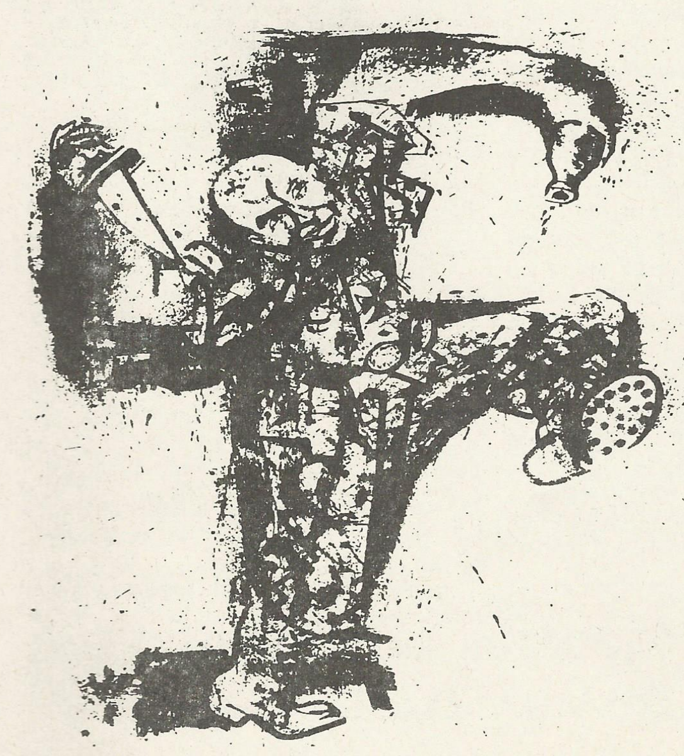
Das Klima hierzu ist im Moment auch ziemlich günstig. Der jüdische Schriftsteller Ralph Giordano rief zur Selbstverteidigung auf, Ignatz Bubis spricht von geistigen Brandstiftern und übernimmt damit einen Begriff, der rund um die Demonstration zum heuchlerischen Auftritt von Weizäcker u.a. in Berlin bekannt geworden war. Es liegt an Euch, die die Unterstützungsarbeit in Berlin leisten, ob ein Dialog mit diesen Kreisen möglich ist, zumindest käme es auf einen Versuch an. Bei Ingrid Strobl hat das gut geklappt, warum sollte Oliver Tolmein nicht auch für uns schreiben?

Die Situation ist nicht vergleichbar mit der Situation in Frankfurt, wo viele sich mit den "armen" Staatsträgern solidarisierten. Diejenigen, die jetzt verhaftet wurden oder gesucht werden, reagieren ebenfalls anders: Bis auf die beiden o.g. Jugendlichen hat niemand Aussagen gemacht.

Ich halte jedenfalls einen Dialog mit solidarischen Kräften für sinnvoller als einen mit der deutschen Justiz, weil das Zustandekommen einer breiten Solidaritätsbewegung uns hilft, und nicht ein Lavieren mit staatlichen Stellen. Die Aussage eines Kronzeugen gilt immer noch mehr als 10 andere Aussagen. Wenn sich einige da Illusionen machen, finde ich das ziemlich blauäugig.

Und der Preis dafür ist nicht nur kurzfristig zu zahlen mit Knast und Exil (was wir sowieso gerade machen), sondern auch langfristig, weil wir nämlich unser Gesicht verlieren und unsere Symphatien, da wir die berechtigten Hoffnungen, die in uns gesetzt werden, nicht erfüllen werden. Günstigstenfalls bedeutet dies, daß wir wiedermal eine Chance vertan haben, eine starke und breite linke Bewegung aufzubauen.

Seid mir alle gegrüßt und bleibt wachsam!
Ich schau schon ganz gespannt auf den 20. April bei Euch.
Ich melde mich wieder - trotz alledem
Euer Walter







Infos/Termine

- *Die Vorbereitungsgruppe zu einer bundesweiten Demonstration gegen die Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes trifftbsich jeden Mittwoch, 20 Uhr, im Kreuzbüro.*
- *Das öffentliche UnterstützerInnentreffen findet jeden Donnerstag, 19 Uhr im Blauen Salon, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, statt.*
- *VerteilerInnen der "Herzschläge" können dieselbigen im EX (Mehringhof) und im Buchladen O21 (Oranienstr. 21) abholen. Bitte dort hinterlassen, wo wieviele verteilt werden. Danke.*

V.i.S.d.P.: G. Schulz, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

YÜREKATIŞI

ANTIFASISTLERIN KRIMINALIZESINE KARŞI HABERBÜLTENI

ALMANCA - TÜRKCE SAYI 4 Berlin - mayıs 1994

Savcı Göçmenlere Karşı dava açtı

15.4.94'de savcılık "Kaindl olayı" ile ilgili tutuklanan 5 göçmene karşı dava açtı.

Onlara yüklenen suç, "adi gerekçelerden hareketle ortaklaşa planlı suç" yoluyla bir insanı öldürmektir. "Adi gerekçelerden hareket", "politik yönelimli kin" olarak adlandırılıyor. Bunlara bir de, "altı kişiyi ortaklaşa öldürmeye kast etme" eklenerek, iddianame taçlandırılıyor!

Bu korkunç suç iddiası, esas olarak, olaya sözde karışmış gençlerin, Erkan'la Bahrettin'in ifadelerine dayandırılıyor. (Bak. YÜREKATIŞI, sayı 2 ve 3)

Bu beş kişi, aranan diğer altı kişi ile birlikte, Nisan 1992'de "Millet ve Vatan için Alman Birliği" (DL) adlı örgütün birçok üyesinin bir toplantısını basmakla suçlanıyor.

İtiş-kakış sırasında DL'in Berlin yazmanı 47 yaşındaki Gerhard Kaindl birçok bıçak darbesi aldı ve bunun sonucu kısa bir süre sonra öldü.

Eski REPçi, 1991'den beri DL üyesi ve faşist gazete "Junge Freiheit"ın yazarı Thorsten Thaler de bıçak darbeleriyle ağır yaralandı.

İddianamenin politik boyutları

Belli ki burada 5 göçmenin sırtından bir ibret dersi verilmek isteniyor. Burada sözkonusu olan, ne de olsa, Nazilere karşı olma "suç"u işlemiş 5 insandır. Bunun ötesinde bazıları, kendilerinin dıştalanmasına, ırkçı cinayetlere ve faşist seferberliğe karşı diğer göçmenlerle birlikte kendilerini savunma gibi bir "kriminal



O dönemde, terörist Nazi çevreleriyle parlamenter faşistler arasında bir halka oluşturan bu partinin nispeten önde gelen yöneticilerinden bir grup, Neukölln'de bir Çin lokantasında buluştu. Lokantadaki konuklardan biri, faşistlerin masalarına gelen bir çiçek satıcısına karşı ırkçı sataşmanın tanığı oldu. Konuşmaya müdahale etti ve bu arada grubun içinden Carsten Pagel'i (eski Berlin REP başkanı ve sağcı çevrelerin avukatı) tanıdığını açık bir şekilde belli etti. Kısa bir tartışmadan sonra bu konuk lokantayı terketti. Bundan birbuçuk saat sonra, faşistler birçok maskelinin saldırısına uğradılar.

enerji" taşıyordu. Bundan dolayı bunlar, uzun zamandan beri Devlet ve Anayasayı Koruma Örgütlerinin gözlerinde bir dikendi.

Olaya sözde katılmış iki esas kamu tanığının yardımıyla, savcılık şimdi onlardan "adi nedenlerle" insanlara saldıran ve onları öldüren, gözünü kan bürümüş bir cinayet çetesi yaratmak istiyor. Böylelikle hem eylemin kendisi, hem de sanıklar Hünçe, Mölln ya da Solingen'in cani kundakçılarıyla aynı kefeye konulmak isteniyor.

Bu iddianame, tüm anti-faşist harekete, özellikle de ırkçılığı suskunlukla kabul

Editoria

Kasım 93 ortasında tutuklanan beş Kürt ve Türk göçmeni halen hapiste yatmaktadırlar. Onlara yıkılan suç; 4 Nisan 1992'de Neukölln'de, faşist kadroların bir toplantısını basmak ve önde gelen yöneticilerinden birini öldürmek, diğerini ağır yaralamaktır. Şubat ayı (1994) ortasında avukatlar, dava dosyalarına bakma hakkı elde ettiler ve bugüne kadar da dosyalar çokluğu ve davanın kapsamı açısından bir görüş belirtebilecek durumda değiller. Bu arada iddianame, avukatlara tebliğ edildi. Bu sayının başyazısını bu korkunç cinayet iddiasını ele alan yazı oluşturuyor.

Fatma'ya, Mehmet'e ve Abidin'e dışardan gelen mektuplara el konulmaya devam ediliyor. Hapishane yetkilileri Mehmet'in alışveriş parası hakkını, "çok paket aldığı" gerekçesiyle, kaldırmak istiyorlar. Bunun dışında yurtdışından gelen paketleri de artık ona vermek istemiyorlar. Savcı, Fatma'ya dokunma yasağını (görüşmelerde el sıkışma, kucaklaşma vb. /ÇN) kaldırmayı sudan gerekçelerle reddediyor. Fatma'nın kendisi de hapishanede "hapishane güvenliğinin" keyfi davranışıyla karşı karşıya, sık sık hücresi aranıyor, zaten az sayıda aldığı broşürler kendisinden alınıyor, ancak iki gün sonra geri veriliyor. Bunun için protestolarınızı Savcı bayan Nielsen'e (Staatsanşaltschaft beim Landgericht Berlin, z. H. Sta. Nielsen, Turm Str. 91, 10559 Berlin, Tel.: 3979-2232) ve Kadınlar Hapishanesi Müdürü Bay Höflich'e (Justizvollzugsanstaltleitung, Höflich, Friedrich-Ollbricht-Damm 17, 13627 Berlin) gönderin.

İkinci yazı, diğerlerini suçlayıcı ifadeler veren, sözde olaya karışmış gençlerin sorunlarını ve bununla ilgili görüşleri ele alıyor.

Bu sayıda, yalnızca olguları ve bilgileri yayınlama şeklindeki taslağımızdan biraz sapmak zorunda kaldık. Zira her iki yazı da politik tavırları içeriyor ve tüm anti-faşist hareketten ilkesel politik tartışma ve tavır talep ediyor. Eğer bu davanın ortaya koyduğu politik saldırıları püskürtmek istiyorsak, bu talep, bu sağa kayışa doğru mücadele etmek isteyen bütün insanlar için geçerlidir.

Bu dava bizim davamızdır!

Abidin kendi hakkında

(22 Mart tarihli bir mektubunun politik-biyografik ölümünden kısaltarak)

Kuzeybatı Kürdistan'da, küçük bir köyde doğdum. Ailem alevi Kürtlerdendir. Dersim katliamı sırasında ve sonrasında (1937/38 yıllarında, siyasi ve kültürel bağımsızlık için gerçekleşmiş olan bir Kürt ayaklanması sürecinde), bütün diğer başka köylere göç etmiş olanlar gibi benim ailem de tamamen boyun eğdi ve Türk Hükümetinin kendilerinden istediği her şeyi yaptılar. Türk Hükümetinin amacı Kürtlerin asimilasyonu ve Türkleştirilmesi idi. Bundan ötürü hepimiz Türkçe öğrenmek, Türk okullarına gitmek ve hiçbir şekilde Kürtçe konuşmamak vb. zorundaydık. Bu, dünyaya geldiğimden beri, ırkçılık ve asimilasyon politikasıyla hep karşı karşıya olduğum anlamına gelmektedir. Çocukken, bütün bunların ne demek olduğunun ve bizler için bunun ne anlama geldiğinin bilincinde değildim. Ancak Ankara'ya gittiğimde orada daha fazla okumak ve yüksek öğrenim yapmak için, Türklerin bütün ırkçı düşünme tarzını gayet somut olarak tenimde hissettim.

Özellikle okullarda ortaokul ve lisede bizler, Türk faşistlerinin (Bozkurtların) saldırı hedefleriydik. Her yerde olduğu gibi, Bozkurtlar da bütün faşist örgütler gibi aşırı milliyetçi ve ırkçıydılar/ırkçılar, ve solculara karşılar. Bozkurtların amacı, sınırı Türklerin yaşadığı her yere genişleyen bir Büyük Türkiye idi. Bu amaca uygun olarak, önce Türkiye'de saf kan bir devlet ve ülke kurmak istiyorlardı. Bu bağıntıda azınlıklar ve solcular, bu ideolojinin uygulanmasında onları rahatsız ettiğinden, ortadan kaldırılmalıydılar. Bunun için şiddet, silahlı eylemler, bombalı saldırılar onların en önemli mücadele yöntemlerindendi. Özellikle 70'li yıllarda gayet saldırgan bir şekilde üstünlük için yürüttükleri mücadele, binlerce ölümle sonuçlandı. Bu karanlık süreçte, imkanlarım elverdiği sürece faşistlere karşı, anti-faşistlerle birlikte örgütlendim. Bir kaç yıl sonra durumun benim için tehlikeli bir hal almaya başlamasından sonra, Türkiye'yi bir kaç yıl için terketmek istedim. Böylece, 1978 yılı sonunda Almanya'ya geldim ve iltica başvurusunda bulundum.

Almanya'da üç-üçbuçuk yıl ilticacı olarak yaşadıktan sonra, tekrardan Türkiye'ye geri döndüm. Fakat Türkiye'de hala ordu iktidardaydı. Orada ancak iki yıl dayanabildim. Sonra tekrardan Avrupa yönünde kaçtım ve Fransa'ya geldim. 1984 yılı sonunda tekrardan iltica başvurusunda bulundum ve o zamandan beri de resmen siyasi sığınmacı statüsündeyim.

Bu süreç içinde, Avrupa somutunda yanlış bir politika uyguladıklarını kavrayana kadar, Türk/Kürt solcularıyla ilişkim vardı. Onlar sanki Avrupa'da yaşamıyorlar, tam tersine Türkiye/Kürdistan'da yaşar gibi hareket ediyor ve buna uygun ajitasyon yapıyorlardı. Bunlarla hiçbir şey yapılamayacağını anladığım anda, Türk/Kürt solcularına veda ettim. Böylece Avrupa Birliği toplumuyla, özellikle göçmenlerin sorunlarıyla ilgilenmeye başladım. Bu süreçte kafamdaki Avrupa Birliği düşüncesinin yanlış olduğunu tespit ettim. Çünkü ben, Avrupa Birliği'nde "doğru burjuva demokrasisi"nin (burjuva demokrasisi edigimde, bu laftan herkes için demokrasi anladığım anlamına gelmesin) olduğunu, insan haklarının olduğunu ve insani bilinci çok yüksek olan bir halkın var olduğunu düşünüyordum. Sonunda büyük bir hayal ırıklığına uğradım, çünkü hiçbir şey kafamdaki tabloya uygun değildi. Daha sonra, buradaki halkın bilinçsiz, apolitik bir halk olduğunu ve burjuva demokrasisinin ise, gerçek insan hakları veya politik ve emokratik haklarla ilgisi olmadığını ve tamamen devletin aksesuarları olduğunu açıkça gördüm.

Göçmenler sorunu iyi bir örnektir ve bu soruna ilişkin olarak çoğunluğun tavrı, demokrasiyi ölçmede iyi bir ölçektir. Azınlıkların olduğu yerde, onların demokratik ve insani hakları yoksa, onlar için özel kanunlar varsa; burada zaten demokrasiden sözedilemez. Ben özellikle almanlarda, ögeçmişlerinden hiçbir şey ğrenmediklerini ve buna ilişkin hemen hiçbir şeyin değişmediğini tespit ediyorum. Bütün bunları sadece ir kenara ittiler, fakat aynı zamanda, devlet kurumlarından günlük yaşamın her alanına dek, bütün rkçı ve otoriter, demokratik olmayan düşünce ve tavırları korudular. Hepsi tarafından göçmenler, Alman endüstrisi ve ekonomisi için birer araç olarak örüldüler, insan olarak değil. Bu yüzden 1965 yılında veya daha sonraları Yabancılar Kanunu ve Eyaletler Kanunu "yabancılar" için gündeme geldiğinde, doğru dürüst bir tartışma yürümedi ve direniş olmadı. Almanlarla insan hakları ve demokrasi üzerine tartıştığınızda, hepsinin bunlardan yana olduğunu görürsünüz, fakat gerçek bu değildir. Eğer böyle olsaydı, aşağılamaya, özel kanunlara ve ırkçılığa karşı direnişe geçerlerdi. Bunu yapamazlar ve yapmazlar, çünkü bizlere karşı aynı faşist düşüncelere sahipler.

Daha kötüsü, 80'li yıllardan beri bizler, Alman toplumunun "günah keçileri" haline getirildik ve sonuçta hayatımıza malolan şiddet eylemlerinin nişan tahtası yapıldık. Evet, özellikle duvarın yıkılmasından sonra yaşam garantisi kalmadı. Bize her taraftan; devletten, Siyasetçilerden, Partilerden, Medyadan; Nazilerden ve Normal Halktan saldırılar geldi. Hepsinin bir hedefleri var ve bu hedefe varmada bir düşmana ihtiyaçları var. Bu düşmanın "yabancılar" olduğu konusunda hepsi hemfikirler.

Ben tüm bu pisliği tenimde hissettiğimde, direnmek zorunda olduğumuzu açıkça gördüm. Diğer taraftan, gelecekte ırkçılık ve Nazi terörünün Alman toplumunun önemli sorunlarından biri olacağı, yani buna karşı mücadele edilmesi gerektiği de benim için açıktı. Ancak biz göçmenler onlarca yıldır sessiz ve örgütsüzdük, (Türkiye'ye yönelik olarak siyaset yapan siyasi grupçuklar dışında) Bu durumda büyük buzursuzluk ve korku hakimdi ve ne yapılacağı bilinmiyordu. Özellikle gençler, herhangi bir şekilde rgütlenmenin arayışı içindeydiler.

Ailem ve oğlum burada yaşadıklarından, bu önemde sık sık Almanya'ya geliyordum. Almanya'ya bu kısa süren gelişlerimde, değişik anti-faşist insanlarla ilişki kurmaya çalıştım. Seni tanıdığımda ve Berlin'e elmeye karar verdiğimde, 1992 yılındaydık. O zamandan beri, daha önceden tanıdığım ve tartıştığım diğer insanlarla birlikte ırkçılığa ve Nazi terörüne karşı kendimizi korumaya ve eşit haklar için mücadele etmeye çalışıyorum. Bizim ilk hedefimiz, önce kendi örgütlenmemiz, daha sonra ise diğer göçmenler ve alman anti-faşist gruplarıyla biraraya gelmekti. Fakat antifaşist mücadele bizim hedefimizin sadece bir arçasını oluşturuyordu. Çünkü burada ırkçılık ve Nazi terörü dışında, başka sosyal ve politik sorunlarla da karşı karşıyayız. Bu yüzden, kendimizi göçmenler hareketinin bir parçası olarak gördük ve bu bizim en önemli hedefimizdi. Şimdi daha başlangıçta olduğumuzdan ve daha çok anti-faşist mücadeleye yoğunlaştığımızdan, bu yönde çok fazla bir şeyler yapmadık. Fakat bunun yaratılmasının zorunlu olduğu, bizim için açıktır.



"Arkadaşlarımız ve yoldaşlarımız hakkında ifade vermek, bizim işimiz değildir!"(*)

Anti-faşist özyardımın örgütlenmesi, başından beri devletin takibatı ve baskılarının odak noktasında durmaktadır. Her türlü anti-faşist direnişi tabandan parçalayabilmek için, hepimiz giderek kriminalleştiriliyoruz.

Devletin takibat araçlarının eline düşenlerin çoğu, bu baskı dalgasının etkisiyle ifade vermektedirler.Onlar hem kendilerini, hem de başkalarını zan altına sokmaktadırlar.

Berlin'deki anti-faşist göçmenlerin kriminalleştirilmeleri, sözde olaya katılmış olan iki gencin ifadeleri olmasaydı, mümkün olmayacaktı. Berlin kuraldışı değildir. Geçtiğimiz aylarda diğer şehirlerde gündeme gelen tutuklamalarda da aynı tablo ortaya çıktı.



Anti-faşist hareketin bir parçası olarak, ifade verme bağlamında tavrımız ne olmalıdır? İfade verenler, dayanışma göstermeyi red edeceğimiz "hainler" midir?

Görüşümüzce, ifade vermeyi red etmek ve dayanışma konularının tartışılması, hep yeniden ürütülmelidir.

Bununla birlikte, her şeye karşın açık olması gerekli olan şudur: Kim ifade veriyor ve bunu onaylıyorsa, o, karşı tarafta yerini almaktadır. İfade vermeyi reddetmek, direniştir. Fakat, ifadenin nasıl mümkün olabildiğini ve her şeyden önce bunun nasıl engellenebileceğini kendi endimize soruyoruz.

Nazilerin şiddetini gün be gün tadanlar, her seferinde çoğunlukla gençler olmaktadır. Onların çoğunluğu, silahlanmanın ve kendini savunmanın zorunluluğunu birçok durumda, önceden bizzat vücutlarında, yaralanmalar, kafalarının kırılması sonucunda öğrendiler. Bunun hakkında medyada - bunu çok iyi biliyoruz - bu açıklıkta tek laf edilmiyor.

Nazilerin yeniden birini dövdüklerinin haberi, bizlerin sokaklara dökülmemizi sağlıyor. Bu arada bizlerin genellikle, örgütlü faşistlerin, sağcı holiganların ve benzerlerinin yanısıra, polis ve devlet ile de karşı karşıya durduğumuz unutuluyor. Onların hedefi, mumlu protestolara kadar uzanan her çeşit direnişi yasal kovuşturmaya uğratmak. Durum gerektirdiğinde faşistlerle birlikte çalışanlar onlardır.

Sokakları yeniden elimize geçirme yolunda iken, hiç farkında olmadan, çok çabuk bir şekilde, kendimizi bir polis arabasının içinde, karakolda veya devlet koruma örgütünde bulabiliriz. Burada geçerli olan, formuna sokulmuş ve yıllardır hazırlıklı olan devletin takibat aracı tarafından tongaya bastırılmamak için, sokakta gösterdiğimizden çok daha fazla, bütün cesaretimizi ve bütün gücümüzü ortaya koyabilmektir. Nazilere karşı tavır takındığımızda, yaptığımız işin sonuçları konusunda da çok açık olmalıyız. Bunu söylemek kolaydır. Örneğin her kavga, insan yaralama uçundan cezalandırılmayı birlikte getirebilir. Ne tür eylemleri yapabileceğimiz ve tavrımızla eylemlerde birçok insanın tutuklanmaması için neler yapabileceğimiz konusunda kendi kendimize karar verebilmeliyiz.

Eğer faşistlerin toplantılarının olduğunu, veya parti kongreleri ve yürüyüşlerini öğrendiysek, gençlik klüplerini ele geçirmelerine karşı ve benzeri şeylere karşı seferber olurken, güçlülerin zayıflara, ya da tersine birbirlerine güvenebilmeleri bizim için çok önemlidir. Eğer samimi konuşacak olursak, seferberliğimizi genellikle güven temeli üzerine turtuyoruz. Nazi toplantılarına karşı biraraya gelenlerin, ortak anti-ırkçı, anti-faşist ve hatta anti-seksist birlik temelinde biraraya geldiklerinden yola çıkıyoruz. Fakat bunun dışında geçerli olan nedir? Hapise düşmemiz halinde, herkes çenesini tutabilecek midir? Toplantının olduğunu nasıl ve kimden öğrendiği; kimle birlikte geldiği; ne gördüğü; kimin ne yaptığı sorularına ilişkin olarak ifade vermeme ve konuşmama konusunda emin olabilir miyiz? Az önce arkadaşlarımızla birlikte olmamıza karşın, sorgulama anında tek başına olduğumuzun, herkes bilincinde mi? Güven duyduğumuz arkadaşlarımız veya çok nadir olarak da ailelerimiz, bizi arayacaktır. Onların bize dışarıdan yardım edeceklerine güveniyoruz (Avukat bulmak, hapiste ziyaret etmek ve benzeri). Yaşamımız gücümüzdür. Ve tam da sorgulamada ve hapiste ifade vermeyi reddetmek, direnişimizin biçimidir.

Fakat ya arkadaşlıklarımız kırık-dökük ise ve lişkilerimiz esasta arkadaşlık olarak adlandırılamayacak durumda iseler eğer? Sadece Nazilere karşı olmak yeterli değildir. Biz çok daha fazlasını istiyoruz. Biz direnişi yaşamak istiyoruz, kendimiz, hislerimiz ve hasretlerimiz hakkında konuşmak istiyoruz, tartışmak ve güven kurmak stiyoruz. Biz hep birlikte, biraz farklı yaşamak istiyoruz. Bu günlük yaşantıda önemlidir, fakat sorgulama, hücre, hapis gibi kuraldışı durumlarda dimdik kalabilmek ve beli bükülmemek çok daha önemlidir. Biz dışarıda da bireysel mücadeleye ve kapitalist rekabetçilik anlayışına karşı mücadele ediyoruz. Ve dışarıda bizden hiç kimse, bir diğerine, kendi çıkarları için ihanet etmeyi düşünmez. Tam da böylesi şeyler bizleri, Nazilerin hiyerarşilerinden, önderlik anlayışlarından, sakat yoldaşlık anlayışlarından ayırmaktadır.

Buna göre, bizler seferber olmazdan ÖNCE, günlük kişisel ve politik yaşamımızda, ne istediğimiz, bunun hakkında ne düşündüğümüz, kafamızdan geçenin ne olduğu hakkında daha sık konuşmalıyız. Böylelikle güveni yakalayabiliriz. Anti-faşist eylemler, ki bizler sık sık spontan seferber etmek zorunda kalsak da, önceden çok iyi ölçülüp biçilmiş olmalıdır. Ve bizler birbirimizi tanımak, birbirimize güvenmek istiyoruz. Sonradan poliste oturup, ağlayarak çözüleceğine, eylemlerden önce katılmayacağını söylemek daha iyidir. İlki, arkadaşları yıllarca hapise göndermek demektir.

Kendilerini özellikle güçlü-kuvvetli göstermek zorunda olduklarına inananlara, kendilerinin bu tavırları olmadan da sevildiklerini ve kendilerine değer verildiğini gösteririz. Bol keseden atmak, palavracılık ve siyasi lafazanlık aracılığıyla yapılan güçlülük gösterisi, ilk baskı belirtileri ortaya çıktığında iskambil kulesi gibi çökeceğinden hiçbir işe yaramaz. Sonradan çözülenler hakkında kafamızı gözümüzü kıracağımıza, ÖNCEDEN birbirimize karşı samimi ve açık davranmak, hepimizin önünde bir görev olarak durmaktadır.

Bahrettin, diğer tutuklulara ve arananlara karşı hiçbir şekilde dayanışmacı olmayan tavrını özeleştirel larak gözden geçirmediği ve değiştirmediği sürece, iz de onunla dayanışma içinde olamayız.

Devlet ve hukukla işbirliğine hayır!

Olağanüstü durumlarda da ifade vermeyi reddederek direnmek mümkündür!

Bütün tutuklu anti-faşistlere özgürlük!

** "İfade vermeyi reddet" broşüründen*

Tutuklulara Mektup yaz!

Fatma Balamir, BuchNr.: 950/93/8, JVA Frauen, Friedrich-Ollbricht-Damm 17, 13627 Berlin

Mehmet Ramme, BuchNr.: 5436/3 UHA Moabit, Alt-Moabit 12a, 10559 Berlin

Abidin Eraslan, BuchNr.: 5455/93, UHA Moabit, Adresse wie zuvor

Erkan Sönmez, Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik, Oranienburgerstr. 285, 13437 Berlin